

Gremium	Termin	Status
Stadtrat	03.04.2017	öffentlich

**Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD und CDU;
Einweisungsgebiete Kropsburg-/ Flurstraße sowie Bayreuther Straße**

Vorlage Nr.: 20174124



Frau Oberbürgermeisterin
Dr. Eva Lohse
Stadtverwaltung Ludwigshafen
Rathausplatz 20
67059 Ludwigshafen

Ludwigshafen, 27.03.2017

Einweisungsgebiete Kropsburg-/ Flurstraße sowie Bayreuther Straße

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von SPD und CDU stellen zur Stadtratssitzung am 03.04.2017 folgenden gemeinsamen Antrag:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob die derzeitige Belegung in den Einweisungsgebieten Kropsburg-/ Flurstraße sowie Bayreuther Straße durch geeignete Maßnahmen weiter reduziert werden kann. Die Verwaltung wird weiterhin aufgefordert zu überprüfen, wie durch kurzfristige bauliche Maßnahmen das Wohnumfeld sowie die hygienischen Zustände in beiden Einweisungsgebieten verbessert werden können.

Im Einzelnen möge die Verwaltung prüfen, wie für die nicht unbeträchtliche Gruppe

der im Einweisungsgebiet untergebrachten psychisch kranken, bzw. suchtabhängigen Menschen ähnlich dem Modell in Mannheim, ebenfalls ein Verbundsystem aufgebaut werden kann. Dort erfolgt dies in Zusammenarbeit mit der Eingliederungshilfe der Stadtverwaltung und dem Zentralinstitut für seelische Gesundheit in Form betreuter Wohngemeinschaften.

2. Die Verwaltung möge weiterhin prüfen, wie gegebenenfalls in einem ähnlichen Verbundsystem ältere Menschen, die als „Systemverweigerer“ oder nicht sozialisierbar aus Seniorenheimen zwangsgeräumt wurden, anderweitig bzw. in anderer Form untergebracht werden können.
3. Die Verwaltung möge weiterhin prüfen, wie in einem ähnlichen Verbundsystem im Obdach untergebrachte drogenabhängige bzw. alkoholabhängige Menschen anderweitig untergebracht werden können.
4. Die Verwaltung wird weiterhin aufgefordert zu prüfen, ob es für Menschen mit Messie-Syndrom, bzw. Organisationsdefizit andere Unterbringungsmöglichkeiten gibt.
5. Die Verwaltung möge prüfen, wie bauseits in der Bayreuther Straße 89 und der Kropsburgstraße 13, Duschen in die Wohnräume eingebaut werden können und ob in allen Gebäuden, in denen diese nicht vorhanden sind, eine Zentralheizung eingebaut werden kann. Ebenso sollen weitere Möglichkeiten zur Vermeidung von Schimmelbildung, insbesondere die Verbesserung der Be- und Entlüftung geprüft werden.
6. Die Verwaltung soll weiterhin prüfen, in wieweit eine energetische Optimierung sämtlicher Gebäude im Obdach möglich ist. Und wie dies organisatorisch mit vorherigem Leerzug in Ersatzbauten möglich wäre.
7. Die Verwaltung wird aufgefordert, die verbliebenen völlig maroden Reihenhäuser Flurstraße 7, 9 und 13 sowie Kropsburgstraße 10 und 12 zügig abzureißen und auf den so freiwerdenden Flächen dieses Einweisungsgebietes neuen Wohnraum zu schaffen bzw. schaffen zu lassen.
8. Die Verwaltung soll prüfen, ob nach einem Komplettabriss der Wohnungen an der Flurstrasse/ Kropsburgstrasse der Bau neuer Einfachbauten, analog den jetzigen Flüchtlings-Punkthäusern, kostengünstiger als eine Fortsetzung der baulichen Ertüchtigung der alten Bestandsgebäude wäre. Des Weiteren sollten Überlegungen erfolgen, ob solche Maßnahmen auch von privaten Investoren, bzw. der GAG umgesetzt werden könnten und anschließend eine Anmietung durch die Stadt erfolgen kann.
9. Die Verwaltung möge prüfen, welche Möglichkeiten zur Erstellung eines Sozialkonzeptes, bzw. einer Sozialstrukturplanung analog den baulichen Ertüchtigungen gemeinsam mit den vor Ort tätigen caritativen Hilfseinrichtungen bestehen.

Die Prüfaufträge und die damit verbundene Vorstellung der Ergebnisse sollen nach Möglichkeit zeitnah erfolgen, damit über die weitere Vorgehensweise in den entsprechend tangierten Gremien unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit im Rahmen des städtischen Haushaltes entschieden werden kann.

Begründung:

Im ausführlichen Jahresbericht der Abteilung Wohnraumsicherung zum Sozialausschuss am 09.03.2017 konnte erfreulicherweise wie in den vergangenen Jahren festgestellt werden, dass die Anzahl der eingewiesenen Personen in Mundenheim-West und der Bayreuther Straße seit Jahren rückläufig ist. Nämlich von 1.123 im Jahr 1998 auf 478 im Jahr 2016. Dies ist ein Erfolg, der Präventionsarbeit der Verwaltung, die wir ausdrücklich begrüßen. Der richtige Weg ist sicherlich, Obdachlosigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen, sondern alle Möglichkeiten auszuschöpfen, dass Mietverhältnisse nicht zwangsweise beendet werden. Es ist aber nicht zu bestreiten, dass in den Einweisungsgebieten Personengruppen untergebracht sind, die auch mit verstärkten sozialtherapeutischen, sozialarbeiterischen oder sonstigen Mitteln nicht in den gewöhnlichen Wohnungsmarkt zu integrieren sind.

Hierzu gehören psychisch kranke Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen austherapiert sind, querulatorisches Verhalten in stationären Einrichtungen, selbst- oder fremdaggressives Verhalten oder ungeklärte Kostenträgersituation, weshalb diese somit nicht in den gewöhnlichen stationären Einrichtungen der Psychiatrie verbleiben können. Mangels anderer geeigneter Einrichtungen ist das Einweisungsgebiet für diese Menschen „Endstation“.

Es sollen Möglichkeiten aufgezeigt und geschaffen werden, die Personengruppen, der ansonsten obdachlosen Senioren, sowie der Alkohol- und Drogenabhängigen oder derer mit Desorganisationsproblematik in anderen Wohnformen unterzubringen.

Die Antragsteller gehen davon aus, dass die aufgezeigten Probleme nicht von der Stadtverwaltung alleine zu lösen sind, sondern dass es eines Zusammenwirkens aller politischen Ebenen und der Träger der Gemeinwesen- und Straßensozialarbeit bedarf, um hier andere Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Eine bauliche Änderung muss zwingend von einem Sozialkonzept begleitet sein.

Trotz erheblicher Investitionen mit rd. 1,6 Mio Euro in den letzten 5 Jahren in den Unterhalt für Bau, Elektro, Sanitär und der kontinuierlichen Sanierung von Wohnungen, sind die Gebäude beider Obdachlosengebiete in einem baulich maroden Zustand. Was die Müllentsorgung angeht, gilt es neue tragfähige Konzepte zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Heike Scharfenberger
Fraktionsvorsitzende

gez. Torbjörn Kartes
Fraktionsvorsitzender